

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Rierspe, Rierspe-Bhf., Bollwert, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radepornwald, Breckerfeld u. f. w.

Druck und Verlag: Wih. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 248

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: monatlich M. 85.—

Halver
Samstag, den 21. Oktober 1922.

Anzeigenpreis:
für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 3.— M., im
Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 10.— M.,
Offerten-Befolgung 6.— M.

23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Reichstagsparteien außer den Deutschnationalen und den Kommunisten haben vereinbart, die Amtsdauer des Präsidenten Ebert bis zum 30. Juni 1925 zu verlängern.
- * Der Reichswirtschaftsrat stimmte der Verlängerung der Demobilisationsverordnungen bis 31. März 1923 zu.
- * Die bayerische Staatsregierung hat dem Reichskabinett eine Denkschrift mit Vorschlägen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise eingereicht.
- * Im Preussischen Landtag kam es bei der Erörterung der Zusammenkünfte mit den Kommunisten in Berlin zu heftigen Kämpfen.
- * Die Friedenskonferenz für den Orient soll zum 6. November wahrscheinlich nach Lugano einberufen werden.
- * Die französische Regierung beabsichtigt, den Ankauf der deutschen Mark zu verbieten.

Lloyd George zurückgekehrt.

London, 19. Oktober. In der heutigen Sitzung der konservativen Minister und Parlamentsmitglieder wurde ein Antrag auf Abänderung der Regierung zum Beschluß erhoben. Der Beschluß drang durch, obwohl Chamberlain, der Führer der Partei, für das Weiterbestehen der Koalition mit den Liberalen eintrat. Bald darauf erfolgte dann eine eilig zusammenberufene Konferenz der unionistischen und liberalen Minister. Lloyd George berief dann eine Vollsitzung des Ministeriums ein. Der König ist inzwischen in aller Eile aus Sandringham nach London zurückgekehrt. Lloyd George überreichte ihm im Buckinghampalast den Rücktritt der Regierung, den der König annahm. Der König sandte darauf zu Bonar Law und ersuchte ihn um die Neubildung des Ministeriums. Bonar Law hat den Antrag angenommen.

Die Stunde der Notwehr.

Trotz des Eingreifens der Reichsregierung gegen die Auswüchse auf dem Devisenmarkt hat der Dollar erneut die 3000-Mark-Grenze überschritten. Man war sich auch von vornherein darüber klar, daß es bei dieser Notmaßnahme nur darauf ankommen konnte, vorläufig die schlimmsten Auswüchse der Spekulation zu beschneiden. Da nun infolge der Hinausschiebung der Reichspräsidentenwahl wenigstens die politische Ruhe in den nächsten Monaten nicht gewaltig unterbrochen zu werden braucht, so wenden sich gegenwärtig alle politischen und wirtschaftlichen maßgebenden Kreise wieder mit erhöhtem Eifer den Fragen zu, die unsere Nationalökonomie betreffen.

Wertvolle Fingerzeige für diese Bestrebungen enthält eine Denkschrift der bayerischen Staatsregierung, die sich mit den insbesondere in Bayern beobachteten Wirkungen der Teuerungskatastrophe beschäftigt, die aber auch für das ganze Reich sehr beachtenswert ist. An der Spitze der Überlegungen, die man in München angestellt hat, steht das Wort des Reichskanzlers: „Erst Brot, dann Reparationen.“ Daran muß man unter allen Umständen festhalten, und als zweiten Grundsatz stellt die bayerische Regierung die Forderung auf, daß nicht die Wirtschaft, sondern der Staat herrschen müsse. Mit diesen beiden Grundsätzen ist das Gesamtproblem sowohl von seiner außenpolitischen, wie von seiner innenpolitischen Seite treffend beleuchtet. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die deutschen Reparationsverpflichtungen bei weitem die ausschlaggebende Grundursache unserer wirtschaftlichen Elends sind. Gegenüber dem ununterbrochen und jetzt durch eine kurze Atempause kaum nennenswert aufgehaltene Blutabfluß, der dem Körper der deutschen Volkswirtschaft in verheerender Weise entzogen wird, werden wir in einem Maße geschwächt und jeder Möglichkeit einer gründlichen Gesundung beraubt, daß alle kleinen Mittel zur Behebung der herrschenden Mißstände nur wie ein Tropfen auf einen heißen Stein erscheinen müssen. Die Erfüllungspolitik, die das Kabinett Wirth seit seinem Bestehen verfolgt, hat in dem bereits vor Monaten ausgesprochenen Worte des Kanzlers, daß die Brotversorgung des Volkes vor der Erfüllung der Reparationsverpflichtungen den Vorrang haben müsse, ihren entscheidenden Wendepunkt gefunden. Es wird die Aufgabe unserer verantwortlichen Außenpolitiker sein, diesen Standpunkt auch bei den binnen kurzem erneut zu erwartenden Reparationsverhandlungen bis aufs äußerste zu verteidigen.

Wenn Bayern weiterhin Wert darauf legt, daß dem Staat bei der Regelung der Volksversorgung mit den unentbehrlichen Lebensbedürfnissen das erste Wort vor der Wirtschaft gebühre, so soll damit selbstverständlich nicht gesagt sein, daß man sich von irgendwelchen bürokratischen Maßnahmen mehr Wirkung verspreche als von den Vorschlägen, die von den Sachverständigen des Wirtschaftslebens herrühren. Vielmehr bezweckt der bayerische Vorschlag, einen Ausgleich zwischen dem öffentlichen und dem privaten Interesse im Wirtschaftsleben herbeizuführen. Von den Einzelmaßnahmen, welche Bayern in seinem Notwehrprogramm als die nächsten Schritte ansieht, sei hervorgehoben die Sicherung der Ruhe und Ordnung im Innern, die strengste Sparsamkeit im Reichshaushalt, die Einschränkung in der Ausfuhr lebenswichtiger Waren und die Hebung der eigenen Produktion. Den Wirtschaftswissenschaftlern „veredelten“ Handhabung bringen. Daß die Einfuhr von Luxuswaren möglichst eingeschränkt werden muß, und daß auch Bayern den Grundsatzen der neuen Devisenordnung in sein Programm übernimmt, kann als eine Selbstverständlichkeit gelten. Darüber hinaus wünscht

dieser Vorschlag die strengsten Vorbeugungs- und Strafmaßnahmen gegen das Überhandnehmen der Privatinteressen auf dem Geld- und Warenmarkt. Strenge Überwachung des Handels und der Industrie und schärfste Bekämpfung des Wuchers, auch unter Anwendung von Bußhausstrafen und Vermögenskonfiskation sowie die Einschränkung des Zwischenhandels ergänzen dieses Programm. Auch der Plan einer künstlichen Festlegung des Marktpreises wird den Bereich dieser Notwehrmaßnahmen einbezogen und dahin erweitert, daß alle inländischen Preise, Gehälter und Löhne unter Bezugnahme auf ihren Friedenswert behördlich festgesetzt werden sollen.

Jeder einzelne Staatsbürger wird — das ist der Sinn dieses Programms — das feine beitragen müssen, wenn er nicht letzten Endes am allgemeinen Ruin sich mitschuldig machen und in ihm selbst mit zugrunde gehen will. Die Stunde der Notwehr ist längst gekommen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Das Hausgehilfengesetz.

Der Reichswirtschaftsrat befaßte sich mit der dritten Beratung des Hausgehilfengesetzentwurfes. In der Abstimmung wurden die Beschlüsse in zweiter Lesung, wonach der Hausangestellte Anspruch auf eine ununterbrochene Nachtruhe von neun Stunden hat, aufrechterhalten und zum Paragraphen 12, der die Arbeitszeit regelt, ein Zusatz angenommen, wonach die Arbeitsbereitschaft täglich 13 Stunden betragen soll. Dem Gesetz wurde in der Gesamtberatung zugestimmt.

Der 11. August als Nationalfeiertag.

Das preussische Staatsministerium hat sich bei der Durchberatung der Reichsregierung über die Ausgestaltung der gesetzlichen Feiertage für die Einsetzung des 11. Augusts als Nationalfeiertag entschieden und ist auch dafür eingetreten, daß an diesem Tage ein allgemeines Beflaggen durch die Reichsfahne stattfindet. Am 11. August wurde in Weimar die Verfassung für die Deutsche Republik verfaßt.

Politische Zusammenkünfte in Opyeln.

Der bekannte deutschsozialistische Propagandist Runge wollte in Opyeln in einer Versammlung sprechen. Von einer Anzahl linksradikaler Wüstlinge am Rednerpult verhindert. Die Menge stürmte unter Rufen „Schlagt ihn tot, werft ihn raus!“ auf die Rednerbühne. Runge gab einen Schuß ab, durch den ein junger Mann schwer verletzt wurde. Runge mußte blutüberströmt den Saal verlassen.

Der Goldschatz der Reichsbank unangefastet.

Über die Ausgabe der Goldschatzanweisungen sind die Beratungen der Reichsregierung mit den Sachverständigen zum Abschluß gekommen. Die Einzelheiten des Planes für die Ausgabe der Schatzanweisungen werden durch die Reichsregierung festgelegt werden. Es ist nicht beabsichtigt, den Goldbestand der Reichsbank als Deckung für die Schatzanweisungen zu benutzen; vielmehr basiert das Reich selbständig für die auszugebenden Schatzanweisungen.

Verfassungstreue der Richter.

Der preussische Richterverein nahm auf seiner Vertreterversammlung in Berlin eine Entschließung an, in der es heißt, die Mitglieder des Richtervereins befanden ihre unerschütterliche Verfassungstreue. Das Ziel der preussischen Richter bleibt eine unparteiliche und vollstündliche Gerechtigkeit, die arm und reich, rechts und links mit gleichem Maße mißt. Die preussischen Richter erwarten von der Öffentlichkeit, daß ihr ehrliches Streben, die Rechtssprechung unparteilich und rein zu erhalten, anerkannt wird.

Frankreich.

× Der Ankauf deutscher Mark soll verboten werden. Der französische Finanzminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den jeder Ankauf von deutschen Mark in Frankreich verboten wird, außer wenn er zur Ausführung von Handelsoperationen dient. In diesem Falle soll die Ermächtigung zum Markkauf von den Handelskammern erteilt werden.

Schweden.

× Deutscher Marinebesuch in Stockholm. Das deutsche Linienschiff „Gannover“ traf in Stockholm ein. Die „Gannover“ grüßte die schwedische Flagge durch einen Salut, der von der Batterie von Kastellholmen erwidert wurde. Das Schiff ging auf dem Strömmen vor Anker. Ein Vertreter des schwedischen Festungskommandos überbrachte die Grüße des Kommandanten. Mit einem Teil der deutschen Gesandtschaft an Bord erfolgte dann die Einfahrt in den Stockholmer Hafen. Die Stockholmer Presse widmete dem Besuche herzliche Begrüßungsartikel. Am dem Frühstück, das der deutsche Gesandte gab, nahmen Ministerpräsident Branting und die Spitzen der Behörden teil.

Schweiz.

× Die vierte Internationale Arbeitskonferenz wurde in Genf mit einer Rede des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes Fontaine-Franckreich eröffnet. Zum Präsidenten der Konferenz wurde wieder der Präsident des Vorjahres Lord Burnham-England gewählt. Er betonte, die moralische Abrüstung könne nur erreicht werden, wenn man alle Kräfte den Friedens-Industrien zuführe, wozu aber gesunde industrielle Verhältnisse gehörten. Auf der Konferenz sind 54 Staaten vertreten. Für die deutsche Regierung sind erschienen: Ministerialdirektor Dr. Lehmann vom Reichsarbeitsministerium und Regierungsrat Scholz vom Reichsministerium des Innern. Für die Arbeitgeber: Kommerzienrat Vogel, für die Arbeitnehmer: der frühere Reichsminister Rudolf Wissell.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Reichsverkehrsministerium soll beabsichtigen, vom 1. November ab die Gütertarife wiederum um 40 bis 60 Prozent zu erhöhen.

Paris. Die Polizei hat den deutschen kommunistischen Landtagsabgeordneten Franz Dahlem, der ohne Paß nach Paris gekommen war, ausgewiesen.

London. Minister Churchill hat sich einer erfolgreichen Blindarmoperation unterzogen.

Washington. Dem Staatsdepartement ist ein britischer Protest gegen die Maßnahmen überreicht worden, die gegen britische Schiffe außerhalb der amerikanischen Hoheitsgewässer unternommen wurden, um den Schmuggel von alkoholischen Getränken zu verhindern.

Deutscher Reichstag.

(259. Sitzung.) CB. Berlin, 19. Oktober.

Mit fähler Geschäftsmäßigkeit vollzogen sich auch die heutigen Verhandlungen. Eine Interpellation der Deutschen Volkspartei, die wegen der Ausschreitungen vor dem Zirkus Busch in Berlin eingebracht ist, wird später beantwortet werden. Darauf wurde die erste

Beratung der Getreideumlage

fortgesetzt. Der Entwurf selbst ist bereits gestern dem Haushaltungsausschuß überwiesen worden. Heute wurde der Reigen der Redner von dem Abg. Blum (Zentr.) eröffnet. Er nahm die Landwirtschaft gegen den Vorwurf, daß sie die Lieferungen zurückhalte, in Schutz. Seine Ausführungen wurden wiederholt von Gelächter der Linken begleitet. Im übrigen trat er nachdrücklich für die Vorlage ein und betonte namentlich, daß eine Steigerung der Erzeugnisse unbedingt eintreten muß. Die gegenwärtig unzureichende Erzeugung sei neben dem Versailler Vertrag die Hauptursache unseres Übels.

Abg. Cuno (Deutsche Volksp.) trat nachdrücklich für die Landwirtschaft ein, wobei er geltend machte, daß auch die jetzt der Landwirtschaft zugebilligten Preise nicht genügend seien. Seine Partei werde eine weitere Erhöhung dieser Preise beantragen.

Abg. Heidemann (Komm.) richtete unter dem Widerspruch der Rechten die schärfsten Angriffe gegen die Landwirtschaft. Er warf ihr besonders vor, daß sie die Durchführung der Volksernährung bewußt hintertreibe.

Nach dem Abg. Heidemann sollte noch der Abg. Dr. Helm (Bayer. Volksp.) an die Reihe kommen. Dr. Helm erklärte jedoch, weil die Zeit zu weit vorgedrückt war, daß er sich das Wort verziehe. Hierauf sprach noch der Abg. Ledebour (N.-Soz.), der in längeren Ausführungen gegen die Vorlage auftrat.

Preussischer Landtag.

(176. Sitzung.) 4. Berlin, 19. Oktober.

Im Preußenhause fand heute eine von reichlich viel Lärm und Aufregung erfüllte Sitzung statt. Das Haus war fast besetzt und die Tribünen überfüllt, denn für die Berliner Bevölkerung hatten die heutigen Verhandlungen besonders großes Interesse. Es handelte sich um die

kommunistischen Unruhen vor dem Zirkus Busch,

die sich am letzten Sonntag in Berlin abgespielt hatten, und die von mehreren Parteien zum Gegenstand sogenannter „großer Anfragen“ gemacht worden waren. Die Anfrage der Sozialdemokraten verlangte, daß öffentliche Versammlungen nur von Unbewaffneten abgehalten werden sollen, und daß der Bund für Freiheit und Ordnung und ähnliche Organisationen verboten werden. Die Deutschnationalen erklärten in ihrer Anfrage, daß die Polizei zu spät und zunächst viel zu schwach an Ort und Stelle erschienen sei und verlangen wirksameren Schutz der gesetzlichen Versammlungsfreiheit und Einschreiten gegen die verantwortlichen Beamten. Die Anfrage der Deutschen Volkspartei verlangte Auskunft, warum gegen die „Kote Fahne“ nicht eingeschritten sei und warum man nicht für einen ausreichenden Schutz gesorgt habe. Der Antrag der Kommunisten verlangte Amtsenthebung des Polizeipräsidenten Richter, Entlassung der verhafteten Arbeiter und Arbeiterinnen, Entwaffnung und Auflösung aller konterrevolutionären Organisationen sowie Schaffung einer bewaffneten Ortswehr in allen Gemeinden Preußens.

Der Lärm begann bereits vor Eintritt in die Tagesordnung, denn der volksparteiliche Abgeordnete v. Campe, den die Kommunisten mit dem Rufe „Oberdieb“ begrüßten, beantragte, die Sitzung um eine Stunde zu verschieben. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, und Minister Seevering erklärte sich zur Beantwortung der großen Anfragen bereit. Neuer Lärm erhob sich über einen kommunistischen Antrag, mit ihrer Eingabe zuerst an die Reihe zu kommen. Das wurde unter großem Lärm der Kommunisten, wobei der Abg. Schulz-Neudöhl (Komm.) zwei Ordnungsrufe erhielt, abgelehnt.

Abg. Kahl (Soz.) erklärte dann als erster Redner, von lauten Zwischenrufen der Kommunisten empfangen, die Vorgänge am Sonntag vor dem Zirkus Busch seien

in ihrer Bedeutung maßlos übertrieben worden.

(Erneute Unterbrechung der Rede durch die Kommunisten.) Die Berliner Arbeiter-Schaft habe mit den Einzelheiten der Vorgänge am Zirkus Busch nichts zu tun. Der hauptsächlichste Leiter der Versammlung, Herr Laverrenz, habe sich seit dem 9. November als Versammlungssprenger besonders hervorgetan. Laverrenz, der im „Bund für Freiheit und Ordnung“ die erste Reihe spiele, stehe auch mit den Führern der Deutschvölkischen Nordorganisationen in enger Fühlung. Die Polizei hätte wohl richtiger gehandelt, wenn sie die Versammlung einfach verboten hätte. Aber in der maßgebenden Abteilung säßen größtenteils Leute des alten Regimes. (Große Unruhe rechts.) Es seien nur von der Polizei zwei Wachmeister leicht verletzt worden. Jedenfalls war die Versammlung im Zirkus eine regelrechte Radauversammlung, in der begeisterte Hochrufe auf Ledebour und die anderen deutschnationalen Nordbrüder ausgebracht wurden. Wir sind gewillt, für den Schutz der Republik tatkräftig einzutreten, aber nicht gewillt, das mit zu verantworten, was aus dem kommunistischen Schuldkonto kommt. (Erneute tobende Unterbrechungen der Kommunisten. Präsident Leinert ersucht wiederholt um Ruhe.) Der Redner schließt mit der Forderung an die Regierung, für eine gute Wirtschaft und Ernährungspolitik zu sorgen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. — Anhaltender Lärm bei den Kommunisten.)

Abg. Nippel (Deutsch.): Der Bund für Freiheit und Ordnung ist eine unparteiliche und über den Parteien stehende Organisation. (Lebhafte Widerspruch links.) In ihm sind Mitglieder der verschiedensten Parteien vereinigt. Am Sonntag wurden harmlose Bürger, Frauen und Junglinge überfallen, niederschlagen, auf Waffen untersucht, und in Abwesen-

Wett van Witten wurden ihnen ihre Geldbörsen abgenommen. (Stürmische Unterbrechungen auf der äußersten Linken.) Nach der Rede des deutschen nationalen Abgeordneten legte sich der Lärm im Hause allmählich. Auch während der folgenden Ausführungen des Volksparteilers v. Gynern und des Kommunisten Gschle gab es zwar noch des öfteren Zwischenrufe, aber nicht die schweren Stürmszenen wie im Beginn der Sitzung. Dann wurde die Beratung auf Freitag verlagert.

Der Dollar weit über 3000!

Berlin, 19. Oktober.

An der heutigen Börse steigerte sich der Dollarkurs wieder über 3000, namentlich auf ungünstige Nachrichten aus New York, wo die Mark erneut gesunken ist. Es wurden Sätze von 3250 und 3275 Mark für den Dollar erreicht und schließlich die amtliche Notiz mit 3192 ausgegeben. Von einigen Seiten wird behauptet, die neue Entwertung der Mark gehe diesmal nicht von Deutschland, sondern vom Ausland aus, das die bisherigen Maßnahmen der deutschen Regierung zur Eindämmung der Devisenhausse als unzureichend betrachte. Auch soll der französische Plan, den Markankauf in Frankreich zu verbieten, zuzunehmen der Mark einwirken. Der Reichsregierung soll von sachverständigen Kreisen die Anregung zugegangen sein, eine vollständige Zentralisierung und Überwachung des gesamten Devisenverkehrs durchzuführen, ein Vorschlag, der auch in der Denkschrift der bayerischen Regierung gestreift wird.

Ebert bleibt bis 30. Juni 1925.

(Von unserem händigen Mitarbeiter.)

Berlin, 19. Oktober.

Die Entscheidung über die Neuwahl des Reichspräsidenten ist auf Grund eines Vermittlungsantrages des Zentrums dahingehend gefallen, daß weder am 8. Dezember gewählt wird, noch die siebenjährige Amtsdauer des Präsidenten beschlossen wurde, die die Sozialdemokraten vorschlugen, sondern daß einige Zeit nach dem im Jahre 1924 bevorstehenden Reichstagswahlende 1924 oder Anfang 1925 die Neuwahl des Reichspräsidenten durch das Volk stattfindet und dann nach einer angemessenen Übergangszeit mit dem 30. Juni 1925 die Amtsperiode des jetzigen Präsidenten abläuft, sodas vom 1. Juli 1925 ab entweder ein anderer Politiker oder Herr Ebert nicht mehr als vorläufiger, sondern als definitiver Präsident an der Spitze des Reiches steht. Noch in dieser Woche wird der Reichstag den von der Regierungskoalition und der deutschen Volkspartei gemeinsam eingebrachten Antrag zum Beschluß erheben, daß in den Artikel 180 der Verfassung die Worte eingefügt werden: „Der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident führt sein Amt bis zum 30. Juni 1925.“ Da es sich dabei also um eine Änderung der Verfassung handelt, ist für die Beschlußfassung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Diese ist jedoch absolut gesichert, da die Deutschnationalen und die Kommunisten, die dagegen stimmen werden, zusammen über noch nicht 100 Stimmen von den 469 Mitgliedern des Hauses verfügen.

Damit ist die erneute Aufspaltung der politischen Leidenschaften vermieden, die eine Wahl am 3. Dezember für das deutsche Volk mit sich gebracht hätte. Man wird das um so mehr begrüßen, als wir unter wirtschaftlichen Schwierigkeiten ohnedies genug zu leiden haben. Auch wäre es jetzt vielleicht zu einer Gegenüberstellung der Namen Hindenburg und Ebert gekommen, die eine teils im Interesse des allgemeinen Ansehens, welches die fern vom Parteigetriebe gebliebene Person des Feldmarschalls genießt, unerwünscht erscheinen mußte, und die andererseits, besonders in Bayern und Ostpreußen, sehr leicht zu einer Parole „Monarchie oder Republik“ hätte führen können, was nicht ohne schwere innere Erschütterungen abgegangen wäre. Der Grundgedanke der jetzt getroffenen Regelung ist der, daß nach dem Reichstagswahlende eine neue politische Lage vorhanden sein wird, die sich dann auch auf die Präsidentschaftsfrage auswirken muß. Denn die Reichspräsidentenwahl ist eine hochpolitische Angelegenheit und nicht nur eine Frage der größeren oder geringeren Beliebtheit einer bestimmten Persönlichkeit. Der Präsident hat verfassungsmäßig weitgehende politische Rechte und muß sonach im Einklang mit den Richtlinien der Regierungsmehrheit stehen.

Das Zustandekommen der jetzigen Vereinbarung über den Ausschub der Wahl ist ein Beweis für die weitgehenden Verständigungsmöglichkeiten zwischen der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und den Sozialdemokraten. Man betrachte daher dieses Kompromiß als ein gutes Vor-

zeichen für die weiteren Verhandlungen um die Verwirklichung der Regierungskoalition nach rechts durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Die nächsten Wochen müssen lehren, ob man auf diesem so oft vergeblich beschrittenen Wege jetzt zu einem Ziele gelangen kann.

Erschwerend gegen die Vertagung der Wahl.

Der bekannte frühere Führer der Orgei, Forstrat Gschelich, hat an den Reichspräsidenten Ebert einen Brief gerichtet, worin er erklärt, der Beschluß der Parteiführer, die Amtsdauer des Präsidenten bis 1925 zu verlängern, stelle einen Bruch der Verfassung dar. Der Brief schließt mit den Worten: „Millionen Deutsche erwarten mit mir bestimmt, daß Sie den Versuch, das Volk um das Grundrecht der Präsidentschaftswahl zu betrügen, verweigern werden.“

Guter Stand der Angestelltenversicherung

Kein Einfluß der Geldentwertung.

Die Reichsregierung hat den Vorschlag gemacht, die Versicherungsgrenze für Angestellte bis 500 000 Mark auszuweiten. Der beratende Ausschuss schlägt sogar vor, die Grenze nach oben überhaupt zu streichen. Dadurch sind Gerüchte entstanden, diese Pläne seien ein letztes Mittel, die durch Krieg und Geldentwertung angeblich gefährdete Angestelltenversicherung über Wasser zu halten.

Bei einer Unterhaltung mit dem Vertreter der Postischen Zeitung in Berlin wurde nun im Reichsarbeitsministerium erklärt, von irgendwelcher Gefährdung der Finanzlage oder der Leistungsfähigkeit der Angestelltenversicherung durch die kurze Dauer ihres Bestehens oder durch Folgen der Geldentwertung könne nicht die Rede sein.

Das Reichsarbeitsministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Versicherungsgrenze so zu ziehen ist, daß Kreise, die bisher versichert waren, weil sie im Frieden Einkommen bis zu 5000 Mark bezogen, unbedingt weiterhin die betriebene Alters- und Hinterbliebenenversicherung weiter genießen müssen. Es ist festgestellt worden, daß heute derjenige Angestellte, der im Frieden 5000 Mark bezog, annähernd das 100fache erhält, so daß die 500 000-Mark-Grenze nur die Festhaltung der alten Versicherungsgrenze in dem entwerteten Gelde bedeute. Die Reichsregierung ist entschlossen, im Plenum des Reichstages den Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses, die Versicherungsgrenze überhaupt fallen zu lassen, nachdrücklich zu bekämpfen. Da eine öffentlich-rechtliche Versicherung keine Geschäfte machen darf, bedeutet jede Einnahmenerhöhung, die durch Erweiterung der Zahl langjähriger Risiken herbeigeführt wird, nur eine Verbilligung der Beitragssätze der bisher Versicherten. Aus diesen Gründen ist die Reichsregierung mit einer Preisgabe der Versicherungsgrenze, die die höherbezahlten Angestellten zwingen würde, neben ihren laufenden Versicherungsbeiträgen an Privatgesellschaften verhältnismäßig hohe Beiträge zur Angestelltenversicherung zu entrichten, nicht einverstanden.

Änderung der Einkommensteuer?

Sozialdemokratische Vorschläge.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat im Reichstage eine Änderung der Einkommensteuer beantragt. Die abzugsfreien Beträge sollen vervierfacht, die Werbungskosten vermindert werden. Außerdem soll der Tarif folgende Gestalt erhalten:

300 000 Mark bis 400 000 Mark	10 Prozent
für die weiteren 300 000 Mark	15 Prozent
für die weiteren 250 000 Mark	20 Prozent
für die weiteren 250 000 Mark	25 Prozent
für die weiteren 500 000 Mark	30 Prozent
für die weiteren 500 000 Mark	35 Prozent
für die weiteren 500 000 Mark	40 Prozent
für die weiteren 500 000 Mark	45 Prozent
für die weiteren 500 000 Mark	50 Prozent
für die weiteren 500 000 Mark	55 Prozent

Darüber 60 Prozent, also bei 1 Million 35 Prozent, bei 2 Millionen 35 Prozent, bei 3 Millionen 45 Prozent, bei 4 Millionen 55 Prozent und bei mehr als vier Millionen 60 Prozent. Der Antrag soll die Steuerbeträge und die Abzüge den veränderten Geldverhältnissen anpassen.

Deutsche Arbeit in Frankreich.

Zunächst Erledigung der Vorfragen.

Die französische Agentur Havas teilt mit, die deutsche Regierung habe ihre Antwort auf den Plan großer öffent-

licher Arbeiten, die durch deutsche Arbeiter und mit deutschen Materialien in den verschiedenen Gegenden Frankreichs ausgeführt werden sollen, nach Paris übermittelt. Die deutsche Regierung sei grundsätzlich bereit, diese Arbeiten auszuführen, jedoch verlange sie die Entsendung einer Kommission nach Frankreich, um das Programm im einzelnen zu prüfen.

Von zuständiger Seite in Berlin wird dazu erklärt, daß die französische Regierung Ende September der deutschen Regierung mitgeteilt habe, daß sie auf Grund des Versailler Vertrages die Ausführung gewisser öffentlicher Arbeiten außerhalb der zerstörten Gebiete von Deutschland auf seine Kosten zu verlangen beabsichtige. Von deutscher Seite ist darauf erwidert worden, daß man bereit sei, Sachverständige zu bestimmen, die mit Vertretern der französischen Regierung über die Natur und den Umfang der Materialien und der Handarbeit zur Ausführung dieser öffentlichen Arbeiten verhandeln sollen, daß es aber vorher notwendig erscheine, die Vorfragen finanzieller Art und über die Verrechnung zu klären. Hierfür ist eine Antwort der französischen Regierung noch nicht erfolgt.

Sokales und Provinzielles.

Halver, 21. Oktober 1922.

□ Nachforschungen nach Deutschen in Amerika. Das Auswärtige Amt gibt bekannt: Alle Anträge auf Nachforschungen nach dem Verbleib von Deutschen und Deutschstämmigen in den Vereinigten Staaten von Amerika sowie nach deren persönlichen Verhältnissen sind nicht an die deutschen Konsularbehörden in den Vereinigten Staaten von Amerika, sondern an das Reichswanderungsamt in Berlin NW 6, Luisenstraße 31a, zu richten. Diese Behörde verfügt über umfangreiche Kartotheken, Adreßbücher und anderes Material und kann oft sofort eine ausreichende Auskunft erteilen. In den Fällen, die noch einer Mitwirkung der deutschen Auslandsbehörden bedürfen, arbeitet das Reichswanderungsamt diesen vor durch Einholung der fehlenden Unterlagen. Dadurch wird den Geschäftstellern Zeit und Geld erspart.

× Halver, 20. Okt. Die Herbstferien erreichen mit dem heutigen Tage ihr Ende. Der Unterricht beginnt an sämtlichen Schulen des Amtsbezirks am Montag, den 23. Oktober.

+ Halver, 20. Okt. Zu unserem Bericht über das Stillschließungsverbrechen in der Nähe von Anschlag ist noch nachzutragen: Von der Stationsverwaltung Anschlag wurde die Station Halver telephonisch über den Vorfall verständigt, diese hat die Halversche Polizeiverwaltung benachrichtigt; außerdem hat der Stationsbeamte Herr Unger sämtliche in Betracht kommende Stationen verständigt und die Personalien der beiden Verbrecher genau beschrieben. In Wipperfurth waren die Uebeltäter schon erkannt worden, da aber keine Polizei zur Hand war, hat man die Täter ruhig in den Zug nach Gummersbach einsteigen lassen und die Polizei in Gummersbach verständigt. Nach Einlaufen des Zuges in Gummersbach wurden die Täter verhaftet, welche nach kurzem Verhör, wie bereits mitgeteilt, die Tat eingestanden haben.

Hagen, 20. Okt. Das Schwurgericht verhandelte gestern gegen die Chefau Reservelotomotivführer Gustav Freund in Stüttinghausen bei Lüdenscheid. Sie hat bei einem jungen Mädchen verbotene Eingriffe vorgenommen und wurde wegen Verbrechens aus § 218,3 R. Str. G. B. zu einer Gefängnisstrafe von 10 Monaten verurteilt. Die nächste und letzte Sache dieser Tagung steht am Freitag an.

Hagen, 20. Okt. Zwei Raubmörder vor Gericht. Zwei Gewohnheitsverbrecher hatten sich gestern vor der Strafkammer in Hagen zu verantworten. Es handelt sich um die zwei Brüder Vork, die im vergangenen Jahre vom Schwurgericht in Arnsberg zum Tode verurteilt worden sind. Sie lassen sich jetzt im Reiche herumführen, um Strafen für Einbrüche entgegenzunehmen, die sie in den letzten Jahren verübt haben. Gestern standen vier Einbrüche zur Aburteilung, die sie hier und in Schalksmühle begangen haben. Dazu war einer der Verbrecher aus Schlesien nach Hagen gebracht worden. Das Gericht erkannte auf Zuchthausstrafen von 6 und 4 Jahren. Die der Hehlerei beschuldigten Frauen wurden

während ein farsartiges Lächeln um seine Lippen zuckte. Er trat mit Elisabeth seitwärts, um das Paar vorüberzulassen. „Und warum sind Sie nicht auf dem Hauptwege geblieben, wenn man fragen darf?“ fragte Fräulein von Quittelsdorf spitz und schnippisch.

„Das können Sie erfahren; einfach, weil ich hoffte, auf diesem einfachen Wege der redseligen Junge gewisser Damen zu entgehen,“ erwiderte Herr von Walde trocken.

„Hu, wie groß! ... Gott behüte einen in Gnaden vor solch einem fauerlöschenden Geburtstagskinder!“ rief die Hofdame sich schüttelnd und im komischen Entsetzen einen Schritt zurücksprallend.

Sie hängte sich schmolend wieder an Hoffelds Arm und schob ihn vorwärts; allein es hatte den Anschein, als wolle dieser seinem Vetter trohen. Langsam, wie ein Lebensmüder, schritt er weiter, dabei knipfte er ein Gespräch mit seiner Begleiterin an; ihre Antworten waren scheinbar von großem Interesse für ihn, denn er blieb sogar einmal stehen, um keines ihrer Worte zu verlieren.

Herr von Walde murmelte etwas zwischen den Zähnen, Elisabeth konnte es nicht verstehen, aber der feindselige Blick, den er auf seinen Vetter schickte, ließ sie erraten, daß er aufs äußerste ergrimmt sei über dessen Gebaren. Mit ihr sprach er nicht mehr. Er wandte einmal langsam den Kopf nach ihr, und sie fühlte, daß seine Blicke unverwandt auf ihr ruhten, allein es war ihr unmöglich, die Augen zu ihm aufzuschlagen. Hätte er nicht auf der Stelle sehen müssen, daß ihr ganzes Innere in Aufruhr war über jenen rätselhaften Glückwunsch, den er ihr mit tiefbewegter Stimme vorgesprochen hatte? ... Er würde mit einem einzigen Blick erraten haben, was in ihr wogte und flürmte, und — sie vermochte diesen Gedanken gar nicht auszudenken — infolge dieser Wahrnehmung seinen vielleicht sehr harmlos gemeinten Einfall bereuen.

Ein schwacher, schnell hinführender Trompetenton, den ohne Zweifel die Ungebild der auf der Galerie des Turmes wartenden Musikanten hinausgeschickt hatte, verriet die Nähe des Festplatzes. Bald summete und lärmte es, als ob ein großes Sigeunerviertel in der Nähe sei; der Weg wurde breiter, hinter dem nächsten Buschwerk wogte ein buntes Gedränge, und plötzlich schmetterte eine wahre Salve von Posaunen- und Trompetentönen auf die Ankommenden herab.

(Fortsetzung folgt.)

Goldelise.

Roman von E. Marlitt.

45

(Nachdruck verboten.)

„Nun, wissen Sie nicht, wie man das macht?“ drängte er. — „O ja,“ entgegnete sie, und ein schelmisches Lächeln flog um ihren Mund, „ich habe Übung darin; die Eltern, der Onkel, Ernst.“

„Jedes hat seinen Geburtstag,“ fiel er lächelnd ein, „aber Sie können es mir nicht verdienen, wenn ich meinen Glückwunsch für mich ganz allein haben will, daß ich verlange, er soll ganz anders klingen, als alle, die Sie bisher ausgesprochen haben, denn ich bin weder Ihr Vater, noch der barische Försteronkel, am allerwenigsten beanspruche ich die Rechte des Bruders, mit dem Sie spielen ... Nun, sprechen Sie!“

Sie schwieg abermals. Was sollte sie sagen? ... Sie hatte schon längst die Augen gesenkt, denn sie konnte den Blick nicht ertragen, der so peinlich forschend, mit einem eigentümlichen Ausdruck von ängstlicher Unruhe und Erwartung tief in ihre Seele drang.

„Kommen Sie!“ rief er rauh, nachdem er einen Augenblick auf einen Laut von ihren Lippen gewartet hatte, und zog sie fort. „Es war ein törichtes Verlangen von mir ... Ich weiß ja, Ihr Mund, der allezeit bereit ist, anderen Freundschaft und Liebes zu sagen, schweigt entweder für mich oder ergeht sich in strenger Zurechtweisung.“

Sie erbläste bei den Worten und blieb unwillkürlich stehen.

„Sie wollen?“ fragte er milde. „Geht es durchaus nicht?“ fuhr er kopfschüttelnd fort, als sie noch immer nicht sprach, ihn aber bittend ansah. „Nun, dann will ich Ihnen einen Vorschlag machen ... Ich werde Ihnen den Glückwunsch sagen, wie ich ihn ungefähr von Ihren Lippen zu hören gewünscht hätte, aber ich mache die Bedingung, daß Sie mir Wort für Wort nachsprechen.“

Jetzt erschien wieder ein Lächeln auf Elisabeths Gesicht, und sie nickte zustimmend.

„Zuerst reicht man dem — dem Freunde die Hand,“ begann er und nahm ihre Hand in die seine — sie bebt, zog aber die Hand nicht zurück — „und spricht: Sie sind bisher ein armer, unballasteter Wanderer gewesen; es war hohe Zeit,

daß die Wollen sich teilten, und daß endlich der horre wagt, der Ihr ganzes Dasein umgewandelt hat. Es ist mein eigener, unumstößlicher Wunsch und Wille, daß er Sie nie wieder verlasse, hier ist meine Hand als Bürge eines unaussprechlichen Glückes.“

Da dahin hatte sie den höchst seltsam lautenden Glückwunsch pünktlich nachgesprochen, bei dem letzten Satz trat sie erstaunt zurück und zögerte. Er aber sagte heftig auch ihre andere Hand und drängte: „Weiter, weiter!“

„Hier ist meine ...“ begann sie endlich.

„Das ist hübsch, Herr von Walde,“ rief plötzlich Cornells Stimme durch das Gedränge, „daß wir uns hier treffen! So habe ich doch den Triumph, an Ihrer Seite mit Musik empfangen zu werden!“

Nie in ihrem ganzen Leben hatte Elisabeth eine so entsetzliche Veränderung in einem menschlichen Antlitz bemerkt, wie die, welche in Herrn von Waldes Zügen vor sich ging. Auf der bleichen Stirn zeigte sich sofort eine starke blaue Ader, seine Augen sprühten, und die Nasenflügel bebten sich aus. Er stampfte heftig mit dem Fuße, und es sah aus, als habe er die größte Lust, die unwillkommene Störerin, die sich durch die Büsche arbeitete, wieder dahin zurückzuschleudern, wo sie hergekommen war. Diesmal gelang es ihm nicht so rasch, Herr seiner inneren Bewegung zu werden, vielleicht wollte er auch gar nicht, denn seine Augenbrauen falteten sich noch grimmiger, als Hoffeld hinter der Hofdame auftauchte. Bei dessen Erscheinen hob Herr von Walde Elisabeths Arm heftig in den feindlichen und preßte ihn fest an sich, als solle sie ihm entfliehen werden.

„Wie sehen Sie denn aus, Herr von Walde?“ rief Fräulein von Quittelsdorf, mitten in den Weg springend. „Sie machen uns wahrhaftig ein Gesicht, als wären wir Banditen, die es auf Ihr kostbares Hab und Gut abgesehen hätten!“

Ohne ein Wort auf diese Ansprache zu erwidern, wandte er sich an seinen Vetter und fragte kurz: „Wo ist Helene?“

„Sie bekam plötzlich Angst vor dem weiten, unbekannten Wege,“ entgegnete dieser, „und hat es vorgezogen, zu fahren.“

„Nun, ich denke, du wirst es dem alten Grafen Wildenau nicht überlassen, Helene aus dem Wagen zu helfen; ich begreife überhaupt nicht, wie du, als vielgeübter Reiter, den Hauptweg verlassen konntest. ... Einige rasche Schritte werden die Veräumnis ausgleichen, ich will dir nicht hinderlich sein.“

„Laßt Herr von Walde mit auffallend scharfer Stimme,



Opel-Automobilverkauf Franz Cremer & Co.
Karl- und Körnerstraßen-Ecke Hagen i. Westf. Fernsprech-Anschluß Nr. 2193.

1839



M.-G.-V. „Wiesengrund“
Wiebelsaat.

Leitung: G. W. Kubbier.

Großes Vokal- und Instrumental-Konzert

am **Sonntag, den 22. Okt. 1922**
in der Kubbier'schen Festhalle zu Kierspe.
Beginn 5 Uhr pünktlich. —
— Kassenöffnung 4 1/2 Uhr.

Ausführende:

Verstärktes Städtisches Orchester
Lüdenscheid
unter Leitung des Musikdirektors Kaus
M.-G.-V. „Wiesengrund“, Wiebelsaat.

Das Programm kostet 40.— Mk. und
berechtigt zum Eintritt. — Während der
Vorträge bleiben die Türen geschlossen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Kubbier'sche Festhalle Kierspe.

Sonntag, den 22. Oktober 1922,
ab 8 Uhr abends

TANZ-MUSIK

ausgeführt vom Städt. Orchester Lüdenscheid.

Germania-Saal Lingese-Talsperre.

Sonntag, den 22. Oktober 1922

Tanz-Kränzchen.

— Anfang 4 Uhr —

In das Handelsregister B Nr. 112 ist heute die
Firma Heimstätte Schalksmühle Gesellschaft mit
beschränkter Haftung in Schalksmühle eingetragen
worden. Der Gesellschaftsvertrag ist vom 26. April
1922. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Förde-
rung des Baues von Wohn- und Heimstätten auf ge-
meinnütziger Grundlage. Das Stammkapital beträgt
21 000 Mk. Geschäftsführer sind: 1. der Amtsbei-
geordneter August Wecker in Halver, 2. der
Fabrikant Friedrich Wilhelm Groß in Schalks-
mühle. Die Geschäftsführung wird je nach Bestimmung
des Aufsichtsrats durch einen oder mehrere Geschäfts-
führer bewirkt. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden,
so vertritt er die Gesellschaft allein; sind zwei oder
mehrere bestellt, so bedarf es zur Willensklärung der
Mitwirkung von mindestens zwei Geschäftsführern. Be-
stimmungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den
deutschen Reichsanzeiger.

Lüdenscheid, den 14. Oktober 1922.

Amtsgericht.

In das Handelsregister A Nr. 762 ist heute bei
der Firma Kommanditgesellschaft Vollmetaler Holz-
industrie Schürmann & Comp. in Schalksmühle
eingetragen worden: Die bisherigen Kommanditisten
sind ausgeschieden, ein neuer Kommanditist ist an der
Gesellschaft beteiligt.

Lüdenscheid, den 24. September 1922.

Amtsgericht.

Die Durchsicht

des Anzeigenteiles Ihres Heimatsblattes
dürfen Sie in Ihrem eigenen Interesse
nie vergessen. Den in diesem Blatte
inferierenden Geschäften gebe man beim
Einkauf den Vorzug.

Die Unterzeichneten haben beschlossen, infolge der
Teuerung von Licht und Heizung die Geschäftszeit wie
folgt festzusetzen:

vormittags 8 1/2 bis 12 1/2 Uhr,
nachmittags 2 „ 6 „

Die Kundschaft wird gebeten, die Neueinrichtung
auch mit Rücksicht auf das Personal zu unterstützen.

Die vereinigten Ladeninhaber von
Schalksmühle und Umgegend.

Erhielt eine Partie
starke gestreifte Arbeiter-Hosen,
Waschjoppen Größe 46 bis 54,
gute Herren-Anzüge v. 9000 — 23 000 M.
reinwollene Herren-Schlüpfer
beste Qualität 10 500 M.
Ende Oktober treffen blaueinene Anzüge ein.
Sämtliche Waren sind früh gekauft, daher
noch sehr billig.
Gardeweg, Kreuzberg
b. Wipperfurth.

Elektr. Anlagen

für Industrie und Landwirtschaft.



Bergstrasse 123. Fernruf 259, 3916.

Automobil-

Lackierungen

Polsterungen, Karosserie,
Reparaturen und
Umänderungen,
Verdecke - Kotflügel - etc.

W. Röhle, Hagen

Rehstraße 27 Telefon 406 (Herres).
Goldene u. silberne Medaillen.
Größte helle Werkst. f. ca. 30 Wagen.
Feinste Referenzen d. erst. Herrschaften



Gerner u. Co. Hagen
Elberfelderstr. 80 A.m.B.H. Fernruf: 3580

Beleuchtungskörper

Elektr. Heiz- u. Kochapparate,
Staubsauger, Bügeleisen,
Haartrocken-Apparate

Elektrizitäts-Gesellschaft
Geißler & Schuller,
HAGEN I. W., Elberfelderstraße 44.
— Telefon 2314. — 1320



Wilhelm Stollmann
Hagen W. Rathauspassage
Körnerstr. 5a Fernruf 295

Metallabfälle u. Rückstände

kaufen

1617

Loewenstein & Co.

Hagen, Alleestr. 33. Fernspr. 2818.

Wochen-Merkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 22. Oktober.
Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor Dr. Große-Dressel-
haus — Freitag abend 8 1/2 Uhr: Kirchlicher
Botschaftenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Sonntag, den
22. Oktober. Nachm. 1 1/2 Uhr: Sonntagsschule. —
Nachm. 4 1/2 Uhr: Bibelstunde — 5 1/2 Uhr:
Jungfrauenverein. — Abends 8 Uhr: Jünglings-
verein. — Außerdem von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr:
Männerchor.

Freie evangelische Gemeinde Halver, Berliner-
str. 27a. Sonntag, den 22. Oktober. Morgens
9 1/2 Uhr: Erbauungsstunde — 1 1/2 Uhr: Sonntagss-
chule. — 4 Uhr: Bibl. Vortrag Redner: Prediger
Kroll, Schwelm. — Abends 7 1/2 Uhr: Öffentliche
Jugendversammlung Thema: „Der Weg zur Per-
sönlichkeit“. Redner: Prediger Kroll, Schwelm. —
Donnerstag abend 8 1/2 Uhr: Gebetsstunde.

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 22. Oktober.
8 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 10 1/2 Uhr: Hoch-
amt mit Predigt 2 1/2 Uhr: Segensandacht

Evangelische Gemeinde Schalksmühle. Sonntag, den
22. Oktober. 10 Uhr: Gottesdienst. 11 1/2 Uhr:
Kindergottesdienst. 3 Uhr: Jungfrauenverein.
8 1/2 Uhr: Bibelbesprechung. Montag 8 1/2 Uhr:
Ev. Arbeiterverein Dienstag 8 1/2 Uhr: Jung-
frauenverein. Mittwoch 8 1/2 Uhr: Bibelstunde.
Donnerstag 8 1/2 Uhr: Vorbereitung zum Kinder-
gottesdienst. 8 1/2 Uhr: Botschaftenchor. Freitag
8 1/2 Uhr: Jünglingsverein, Bibelbesprechung. Sams-
tag 8 Uhr: Chorstunde.

Evangelische Gemeinde Brügge. Sonntag, den
22. Oktober. 10 Uhr: Gottesdienst. 11 1/2 Uhr:
Kindergottesdienst. Dienstag 8 1/2 Uhr: Kirchenchor.
Mittwoch 8 Uhr: Botschaftenchor. Donnerstag 4 Uhr:
Frauenverein im Pfarrhaus.

Kath. Gemeinde Kierspe-Vhf. Sonntag, den
22. Oktober. Vorm. 10 Uhr: Hochamt mit Predigt
in der Schule

Familien-Nachrichten.

Geburten: Paul Sinn, Halver, eine Tochter. —
Rudolf Killing, Halver, ein Sohn.

Getauft: Hugo Erich Böh, Linnepermühle.

Verlobte:

Vermählte: Adolf Henopp, Mernheim und Alara
Böfinghaus, Brügge. — Otto Buschhaus und Schwester
Marie Windorf im Wiebusch. — Ewald Niebold
und Elli Fischer, Neeswinkel. — Paul Bremmer
und Elfriede Weyland, Halver. — Ludwig Berg
und Lisbeth Dorwen, Schalksmühle. — Gust. Adolf
Rosenthal, Düsseldorf und Elfriede vom Dahl,
Bolsenbach.

Gestorben: Karl Erich Schäfer, Dahlebrück, 14 J.
— Fritz Kemper, Wüste b. Königsf., 58 J., gest.
12. 10. 22. — Albert Jüngermann, Miesenhof,
63 J., gest. 17. 10. — Frau Henriette An geb.
Krugmann, Meinerzhagen, 65 J., gest. 19. 10. 22

Mehrere junge Mädchen

von 14 bis 16 Jahren
finden dauernde leichte und
lohnende Beschäftigung.

Sauerländische
Bürstenfabrik

Gebr. Lange,
Oberbrügge i. Westf.

Erlen, Birken,
Buchenholz

u. and. kaufen zu höchsten
Preisen ab Wald

Gebr. Dahlhaus,
Brügge

Moderne
Damen- und
Herren-Garderoben

kaufen Sie vorteilhaft
auch auf

Teilzahlung
im

Bekleidungshaus
„Westfalia“.
Hagen i. W.,
Elbers-Ufer 10, 1968
Eingang Haidenstr.



Niederlage bei
Wilh. Bell jr., Halver.

Inserate

für die
Tagesausgabe
erbitten wir bis spätestens
3 Uhr nachm.
tags vorher.

Größere Anzeigen
wolle man früher auf-
geben, da sonst für
eine schöne Aus-
stattung und gute
Platzierung keine
Gewähr übernommen
werden kann.

Der Verlag

Taschenlampen,
„Birnen“
Batterien

empfiehlt

Wilh. Bell jr.
Halver.